

Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wiltz. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer's Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Plakateil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bantverein Acten.

Nr. 2

Sonnabend, den 3. Januar 1931.

44. Jahrgang

Neujahr beim Reichspräsidenten.

Der Empfang des Diplomatischen Korps.

Berlin, 2. Januar.

Am Neujahrstage fanden beim Reichspräsidenten die üblichen Empfänge statt. Gegen elf Uhr nahm der Reichspräsident am Portal die Meldung der Wache, die mit Musik vom Brandenburger Tor gekommen war, entgegen. Um 12 Uhr empfing der Reichspräsident im Großen Saale des Reichspräsidentenpalastes das Diplomatische Korps. Dabei hielt der Doyen, Nuntius Oriengo, eine Ansprache. „Es ist mir ein Herzensbedürfnis“, so führte er in der Uebersetzung u. a. aus, „ein treuer Dolmetsch zu sein aller edlen Wünsche des Völkchens, die meine erlauchten Kollegen heute für Ihre Person und für die große Nation, deren Beschützer Sie, Herr Reichspräsident, mit bewundernswürdiger Kraft und Frische lenken. Die Morgenröte dieses neuen Jahres ist leider nicht ohne Trübung. Die Not breitet überall ihren Trauerschleier aus. Es hat fast überall nicht an höherrangigen Verträgen gefehlt, dieser gewaltigen Weltkriege abzuhelfen.

Möge die wirtschaftliche Not ein Antriebs werden zu neuen energiegelandten Beständen, um die innigere Einigung der Geister, die gegenseitige herzliche Verständigung unter den Nationen zu erreichen, die allein feste Gewähr bietet für eine gesicherte Freiheit und Ruhe in allen Evidenzen und einen dauernden Frieden unter den Völkern.

Sodann überbrachte der Nuntius dem Reichspräsidenten noch im Namen der Staatsoberhäupter, die durch das Diplomatische Korps vertreten werden, die besten Wünsche. In seiner Erwiderung dankte

Der Reichspräsident

zunächst für die dargebrachten Wünsche. Er führte dann u. a. aus: „Mit besonderer Wucht treffen die Ausrichtungen der Weltwirtschaftskrise das deutsche Volk. Unsere Hoffnung auf eine dauernd wirksame Besserung der Lage ist auch von Umständen abhängig, über die wir nicht allein Herr sind.

Mit steigender Spannung erwartet das deutsche Volk, daß die internationale Zusammenarbeit sich im kommenden Jahr als wirksam genug erweist, um das deutsche Volk vor weiteren schmerzlichen Enttäuschungen zu bewahren. Entschlossenheit, Entschlossenheit, Entschlossenheit für die Bekämpfung der Krise und zur Herbeiführung der hundertprozentigen Erfüllung der Menschheit ist die große Friedensaufgabe, an der Deutschland mitwirken entschlossen ist.“

Sodann sprach der Reichspräsident den Diplomaten zugleich für ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker die herzlichsten Neujahrswünsche aus. Er begrüßte dann die einzelnen Wochensäfte, Geheimräte und Geschäftsträger. Am dem Empfang nahmen u. a. der Reichsaussenminister und Staatssekretär Meißner teil.

Der Empfang der Reichsregierung.

Um 12.30 Uhr empfing der Reichspräsident die Reichsregierung. An Vertretung des verlaunten Kanzlers begrüßte Reichsaussenminister Brüning den Reichspräsidenten mit einer Ansprache. Er wünschte zunächst dem Reichspräsidenten Gesundheit und Wohlergehen in seinem Jahr. „Wir sind dem Gesichts von ganzem Herzen dankbar“, so sagte Groener weiter, „an Ihnen ein Oberhaupt zu besitzen, auf das die ganze Welt mit Verehrung blickt und dem die Liebe des gesamten deutschen Volkes gilt. Die Reichsregierung ist sich ihrer Pflicht bewußt, dafür zu sorgen, daß die stillen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden. Groener erinnerte dann an die Befreiung des Rheinlandes von fremder Belagerung. Er bezeichnete den Abzug der Bahnhofsgruppen als einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur

endgültigen Heimkehr des Saargebietes ins Reich.

Die berechtigten Beschwerden der deutschen Widerthellen hätten in unierer Deffektivität starken Widerhall gefunden. Die Reichsregierung werde in der Sorge für das deutsche Volkstum jenseits der Grenze eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen. Zur Abrüstungsfrage erklärte Groener:

„Schmer empfindet das deutsche Volk, daß der Grundgesetz der Gleichberechtigung, auf die unser Volk einen selbstverständlichen Anspruch hat, noch nicht gewährleistet ist. Doch immer ist die freiwillig übernommene Verpflichtung auf Abrüstung durch die anderen Mächte nicht in die Wirklichkeit umgesetzt und noch immer muß sich Deutschland in seiner Sicherheit bedroht fühlen. Auch hier wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß der Grundgesetz gleiches Sichthelt für alle Völker, ohne den eine nachre Befriedigung unmöglich ist, sich durchsetzt.“

Groener kam dann auf die Innenpolitik zu sprechen. Dabei betonte er, daß es das deutsche Volk mit besonderem Dank anerkennen werde, daß der Reichspräsident sich entschlossen habe, die Notverordnungen zu erlassen. Die Wiederherstellung unserer Wirtschaft sei die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Der Reichspräsident

stufte in seiner Erwiderung fest, daß von den Wünschen, mit denen er vor einem Jahr diesen Tag begrüßt habe, sich nur der eine erfüllt habe; dem besetzten Gebiet ist die langersehnte Freiheit von fremder Belagerung wiedergegeben wor-

den. Er gedachte sodann der Saardeutschen, die sich trotz ihrer staatlichen Trennung mit uns immer eins fühlen und ungebrochenen Mutes auf den Tag der Rückkehr ins Vaterhaus warteten. Sodann führte der Reichspräsident aus: „Mit voller Zustimmung entnehme ich aus Ihren Worten, daß die Reichsregierung sich der ernsten Lage bewußt ist, wie sie sich infolge der tiefgehenden Veränderung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse seit der Zeit entwickelt hat, als wir uns aus den von Ihnen hervorgerufenen Gründen zur Annahme des Neuen Planes entschlossen haben. Auch ich halte es für die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die stillen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden.“

Mit Ihnen bin ich ferner der Ansicht, daß die Durchführung der allgemeinen Abrüstung nicht nur ein Gebot internationaler Gerechtigkeit Deutschland gegenüber, sondern auch das sicherste Mittel zu einer wirklichen Befriedung der Welt ist und daher mit allen Kräften angestrebt werden muß. Daß die Reichsregierung sich auch weiterhin die Sorge für das deutsche Volkstum im Ausland und für die Annäherung internationaler Verträge zum Schutze deutscher Minderheiten als wichtige außenpolitische Aufgabe stellt, findet meine volle Billigung und Unterstützung.“

Die Arbeitslosigkeit

ist unsere größte Sorge. Zu ihr kommt noch die Not der Landwirtschaft. Den unfreiwillich fernenden Händen wieder Beschäftigung zu schaffen und dem deutschen Landwirt seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, wird auf dem Gebiet der inneren Politik unsere erste Aufgabe sein.

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Geist der Einigkeit im deutschen Volke sich festige und zum Zusammenhalt aller schaffenden Kräfte führen würde. Dieser Wunsch hat sich leider nicht erfüllt. Im Gegenteil will es scheinen, als ob die harte Sorge um das Einzelindividuum den Gedanken an das Gesamtdeutschland und die Zukunft unseres Vaterlandes zurückgedrängt und neue Gegensätze geschaffen hat. Verschiedenheit der Anschauungen und der persönlichen Interessen wird und muß sein. Aber es ist nicht nötig, daß diese Verschiedenheit zu einem politischen Kampfe führt, der das deutsche Volk zerreißt und dann in der Zeit der Not und Gefahr zu einem einseitigen Willen unfähig macht. Wir müssen uns mehr auf uns selbst beziehen, wir müssen endlich aus dem Widerstreit der eigenen Interessen den Ausweg finden. Aus dem eigenartigen Streit um politische Programme und um förmliche Parteien müssen wir uns erheben zu gemeinsamer praktischer Arbeit für das Gesamtvolk. Möge das neue Jahr dem deutschen Volke Selbsterkenntnis und die Kraft zu gemeinsamer Mollen bringen! Dann werden wir auch die große Not bald überwinden!“

Die weiteren Empfänge.

Um 12.50 Uhr empfing der Reichspräsident den Reichspräsidenten Abbe. Es folgten eine Abordnung des Reichsrates, für die Wehrmacht Reichswehrminister Groener, General der Infanterie Hoff für den heurathenden Chef der Heeresleitung sowie der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder. Ferner überbrachten Glückwünsche für die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft u. a. Generaldirektor Dornmüller und für das Reichsbahndirektorium Reichsbahndirektor Dr. Luther.

Vor dem Salute des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße hatte sich eine größere Menschenmenge eingefunden. Der Reichspräsident trat nach Beendigung der Empfänge auf den Balkon und wurde von den Menge mit lärmigen Hochrufen begrüßt.

Telegrammwechsel mit Staatsoberhäuptern.

Anlässlich des Jahreswechsels hat der Reichspräsident mit den Königen von Bulgarien, Dänemark, Norwegen, Rumänien und Schweden, sowie mit dem Reichsoberweser von Hoerly und dem Bundespräsidenten Millas telegraphisch Glückwünsche ausgetauscht.

Neujahrserlaß an die Wehrmacht!

Berlin, 1. Januar.

Der Reichspräsident richtete an die Wehrmacht folgenden Erlaß:

Am 1. 1. 1931 befehlt die Reichswehr ein Jahrzeit lang in der Form, die ihr der Vorkriegs von Versailles bestimmt. In Zeiten tiefer vaterländischer Not wurde sie unter meinem Vorworgegänger geschaffen. Trotz aller ihr auferlegten Fesseln hat sich die Wehrmacht als Hort des äußeren und inneren Friedens, als starker Stütze des Reiches und als feste Stütze des Staates erwiesen. Das ihr zu treuen Händen übergebene Erbe der alten Armeen und Marine hat sie gut verwaltet. Ich danke der Wehrmacht für die Arbeit dieses Jahres und entsetze sie meine herzlichsten Wünsche zum neuen Jahr. Möge sie weiterhin ihre Ehre berein sehen, in Gehorsam und treuer Pflichterfüllung dem Vaterlande zu dienen.

Berlin, den 31. 12. 1930.

Der Reichspräsident: gen. von Hindenburg.

Der Reichswehrminister: gen. Groener.

Neujahrsehrachtungen an der Saar.

Saarbrücken, 2. Januar.

In der Neujahrsummer der „Saarbrücker Zeitung“ drückt der Verfasser der deutsch-französischen Besprechung, Staatsratsabgeordn. Schmeißer, die Wünsche und Hoffnungen der Deutschen an der Saar“ aus. Das zu Ende gehende

Jahr sei für das Saargebiet ein Jahr der politischen Entscheidung gewesen. „Mit großen Hoffnungen sind wir“, so schreibt Schmeißer, „in die Verhandlungen eingetreten, die das Ziel haben sollten, dem Saargebiet seine Rückkehr zum Mutterlande zu bringen. Die Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen, die Verhandlungen sind verlegt, nicht abgeschlossen.“

Es wäre von deutscher Seite aus ein Fehler, wenn zu sehr auf die Wiederannahme gedrängt würde. Immerhin wird es zweckmäßig sein, wenn wie nicht unklar bleibt, sondern bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß in dem Saargebietregime ein Kriegserfolg besteht, der zu dem brutalen Geheiß, dem Übermut der Sieger dem Deutschen Reich im Verfall der Diktat an Zahlen aufzulegt hat.“

Schmeißer weist dann auf die stark gefährigten Tätigkeitsberichte der Regierungskommission hin, die die Verhältnisse im Saargebiet nie richtig schildern. Dem Saargebiet könnte es viel besser gehen, wenn die Regierungskommission mehr mit der Bevölkerung zusammenarbeiten, wenn sie weniger die französischen Interessen den laarländischen vorstellen würde. Zum Schluß drückt Schmeißer die Hoffnungen aus, daß auch die Saarländer ein Recht haben, wieder im Verband eines einzigen starken Deutschlands mitwirken zu können an den höchsten Aufgaben zum Wohle der gesamten Menschheit.

Der Vorkühende der Zentrumsparlei des Saargebietes, Rechtsanwalt Stegmann, schreibt zum Schluß seiner Betrachtungen in der „Landeszeitung“: „Unsere deutsche Treue ist unwandbar. Wir lehnen eine Autonomie als ein lebensunfähiges, der Korruption ausgehendes Gebilde ab. Wir wollen zum deutschen Vaterland lieber heute als morgen.“

Präsident Kaas über das Jahr 1931.

München, 1. Januar.

Der „Bayerische Kurier“ hat eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten über ihre Meinung über das Jahr 1931 befragt. Der Vorkühende der Deutschen Zentrumsparlei, Prälät Dr. Kaas, schreibt: Das Jahr 1931 wird im Zeichen des Revisions- und Evolutionsgedankens stehen.

Die Ehe vom status quo ist eine Friebschloße. Wer sie verteidigt, wird zum Schrittmacher chronischen Unfriedens. Europa wird erst dann gefunden können, wenn Deutschland Lebensrecht in christlicher Freiheit mit den übrigen Völkern Raum gegeben werde.

Der Weg zu diesem Ziel wird lang und hart sein. Nur ein einiges Volk wird ihn bis zum glücklichen Ende gehen können. Darum kann die Parole des kommenden Jahres nur heißen: Sammlung und nicht Zertüftung!

Reichsaussenminister Dr. Stegerwald ruft aus: Seid maßvoll und gerecht im Streit über unsere jenseitigen, wirtschaftliche und soziale Lage!

Prälät Dr. Schreiber bezeichnet das neue Jahr als eines der schwersten in Deutschlands neuer Geschichte und spricht von der bevorstehenden Revision der Außenpolitik.

Bedeutungsaumkundgebung in Bayern.

Ministerpräsident Held über die Reichsreform.

München, 1. Januar.

Zum Jahreswechsel wendet sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Held mit einer bedeutsamen Kundgebung an das bayerische Volk. Er weist auf die Beitreibungen des politischen Umtriebes in großen Teilen der Welt und auf seinen Abwehrer, den geistigen Kampf, hin, der den Kampf auf der ganzen Linie bereits aufgenommen habe und selbst vor dem Verfall nicht zurückzudenke.

Dr. Held weist auf den verhängnisvollen Irrtum jener Kreise hin, die als Schwachpunkt im Verfassungsbau des Reiches die bundesstaatliche Gewaltenteilung erwidern wollen.

Die Mängel des Verfassungslebens bestünden nicht in der Gewaltenteilung zwischen Reich und Ländern, sondern vielmehr darin, daß die Reichsgemalt als solche einer hinderlichen starken Grundlage entbehre. Sie ruhe allzu einseitig auf dem Reichsparlament, das als getreues Spiegelbild der parteimäßigen Zerrissenheit des deutschen Volkes für sich allein kein festes Fundament für eine harte Reichsgemalt bilden könne. Hier sei der schwache Punkt im Reichsbau zu suchen, und hier gelte es, Hand anzulegen.

Dr. Held fordert als Tragpfeiler für die Bildung einer starken Reichsgemalt die Erhebung des Reichsrates zur gleichberechtigten zweiten gesetzgebenden Kammer nach dem Vorbild des Bundesrates, Gewährleistung einer größeren Stetigkeit der Reichsregierung und Ausbau der verfassungsmäßigen Mandatvollkommenheiten des Reichspräsidenten.

Die Verfassung dürfe nur in alternativen Fällen geändert werden. Es sei Bayerns Aufgabe im kommenden Jahr und in der Zukunft, den Zerrüttungsverläufen schärfsten Widerstand zu leisten.

Wünsche und Hoffnungen.

Curtius an die Grenzmark.

Schneidemühl, 1. Januar.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat an die Droving Grenzmark Polen-Westpreußen folgenden Neujahrsglückwünschung gerichtet: Die öffentliche Meinung Deutschlands wendet sich in länger je mehr der bedrohlichen Lage des Ostens zu. Auch die ernste Sorge der Reichsregierung gilt dem deutschen Osten und seiner Not. Meine herzlichsten Währten

nach Ostpreußen und Schlesien entfrangten dem Gedanken, nicht nur aus Berichten und Schilderungen, sondern auch aus eigener Anschauung ein lebendiges Bild von der Lage der Dinge an Ort und Stelle zu gewinnen. Ich freue mich, daß die Ausführung dieses Gedankens so großes Verständnis und so warme Zustimmung gefunden hat.

Meine schwierige Aufgabe in Genf wird mir durch die wertvollen Hinweise und Informationen, die ich von den bewährtesten Sachkundigen in reichem Maße erhalten habe, wesentlich erleichtert. Ich hoffe aufrichtig, daß das neue Jahr der Grenzmark Polen-Westpreußen sowie dem deutschen Osten überhaupt mit dem raschenden Verständnis für seine Leiden und Sorgen erleichtert und befördert bringe.

Oberpräsident Dr. h. c. von Bälow hat eine Neuauflage herausgegeben, in der es u. a. heißt: Vom Friedensbitte zu schwer getroffen, wie kaum ein anderer Volk deutscher Erde, wirtschaftlich das schwächste Glied in der Kette preussischer Provinzen und deutscher Länder, so steht die Grenzmark Polen-Westpreußen heute an der Spitze aller deutschen Not. Sehen wir ihr entschlossen ins Auge.

Alle Preußen trägt das Haupt im Anschlag hoch und weiß aus der Not heraus die Abwehrkräfte zu gewinnen, die sie zurechen.

Das neue Jahr führt als ersten Gast den Reichsanwalt zu uns. Willkommen ihm! Wir leben in dem Bewußtsein ein starkes Zeichen treuer Hilfsbereitschaft der Reichsregierung. Wappern wir uns für das Jahr 1931 mit Ostwintern, mit jähen Müt und unangenehmen Wällen, mit hartem Frost und noch viel härterer Hoffnung!

Eine grundsätzliche Auffassung.

Hat Curtius auf den Vorschlag im Völkerverbund verzichtet? Genf, 1. Januar.

Nach einer Meldung des „Journal de Geneve“ hat Reichsaußenminister Dr. Curtius auf den Deutschland zustehenden Vorschlag auf der Januar-Tagung des Völkerverbundes verzichtet und den englischen Außenminister Henderson ersucht, an seiner Stelle im Januar den Vorschlag im Völkerverbund zu übernehmen.

Dieser Beschluß der deutschen Regierung ist nach Meinung des Blattes darauf zurückzuführen, daß es nach deutscher Auffassung für Deutschland unmöglich ist, gleichzeitig Richter und Partei in einer Sache vor dem Völkerverbund zu sein.

Eine Befestigung des Verdicts der deutschen Präsidentschaft auf der kommenden Ratstagung liegt im Völkerverbundsekretariat noch nicht vor, jedoch muß in jedem Falle der Darstellung des „Journal de Geneve“ auf das entsprechende entgegengetreten werden. Nach den Bestimmungen des Völkerverbundes handelt es sich bei der Behandlung der deutschen Beschwerden gegen Polen vor dem Völkerverbund keineswegs um ein Verfahren zwischen Deutschland und Polen, sondern lediglich um ein Klageverfahren gegen Polen vor dem Völkerverbund als solchem. Die deutschen Beschwerden stellen lagungsgegenstände, nachdem sie auf die Lagerordnung des Völkerverbundes gestellt sind, nicht mehr eine deutsche Angelegenheit, sondern bilden eine Sache des gesamten Völkerverbundes abgesehen davon, daß sich Polen nunmehr zu veranlassen hat. Durch einen Verzicht auf die deutsche Präsidentschaft darf unter keinen Umständen der Eindruck entstehen, als ob Deutschland sich in dem Klageverfahren neben Polen als Partei ansetzt. Ueber die erst jetzt vor dem Völkerverbund stehende Beschwerde gegen Polen hat überdies der Völkerverbund in seiner Gesamtheit mit Einschluß des deutschen Staatsmitgliedes zu entscheiden.

Verhärfung der Lage im Ruhrgebiet.

Vorläufig kein Eingreifen des Reichsarbeitsministers. Berlin, 1. Januar.

Von unternichteter Seite mitgeteilt wird, werden die Verhandlungen über die Wöhnung im Ruhrgebiet, die am 7. Januar fortgesetzt werden. Dieser Termin ist im Einvernehmen beider Parteien bestimmt worden.

Man will noch einen letzten Versuch machen, um zu einer Einigung zu gelangen. Aus den bisherigen Verhandlungen muß man den Eindruck haben, daß die Gewerkschaften bereit wären, einer vierprozentigen Lohnsteigerung zuzustimmen, während die Zehnwöchiger ihre Forderung um zwölf Prozent bereits auf acht Prozent ermäßigt hatten. Der Schlichter hat sich bemüht, die Parteien noch näher aneinanderzubringen, damit eine Einigung auf der mittleren Grundlage von etwa sechs Prozent herbeigeführt werden könnte.

Damit sind die Verhandlungen für den Augenblick auf dem alten Punkt angelangt. Der Schlichter war nicht in der Lage, allein einen Spruch zu fällen. Die Nordwestlichen Gruppe entschieden hat, daß nur Schiedsprüche, die von einer Mehrheit gefällt worden sind, verbindlich erklärt werden können. Es ist anzunehmen, daß das Reichsarbeitsministerium zu nächst abwartet, wie die für den 7. Januar angelegten Verhandlungen ausgehen. Ein Schiedsverfahren analog dem, wie es bei dem Konflikt in der Berliner Metallindustrie angewendet wurde, kommt zunächst nicht in Frage.

Zweifellos bedeutet der Ausgang der Verhandlungen und die Klärung der Dinge durch die Arbeitgeber eine Verhärfung der Lage, zumal in der Arbeiterfrage auch Streikmaßnahmen vorhanden sind. Von der Generalkonföderation, die von den Zehnwöchigen zum 15. Januar 1931 angekündigt ist, werden 250 000 Bergarbeiter betroffen. Da es zu einer Ausprägung der gesamten Bergarbeiterfrage durch die Zehnwöchiger kommen wird, wird sich erst nach dem 15. Januar zeigen.

Die Bergarbeiterverbände haben für den Neujahrstag und den kommenden Sonntag im ganzen Ruhrgebiet Reizkonferenzen einberufen, um die Beschäftigten zu informieren.

Rindigung der Ruhrbergleute ausgeprochen.

Essen, 2. Januar.

Vom Zehnwöchiger wird mit 2. Januar 1931 die Rindigung der Beschäftigten durch folgenden Winkst bekanntgegeben werden:

Die Schlichtungsverhandlungen über die Neueinstellung der Lohnordnung, die durch die Verschlechterung der Markt- und die bereits erfolgte Kohlenpreissteigerung notwendig geworden ist, haben zu keinem Ergebnis geführt. Wir sind daher gezwungen, zum Zwecke einer angemessenen Senkung der Löhne der genannten unter die Arbeitsordnung fallenden Beschäftigten ab dem 15. Januar 1931 zu streiken. Ueber das Ausmaß der erforderlichen Senkung der Löhne und Schlichtung wird rechtzeitig Näheres bekanntgegeben werden. Jeder einzelne kann sich also seinen Arbeitsplatz er-

halten, wenn er sich bereit erklärt, mit verkürzten Löhnen weiterzuarbeiten.

Von der Maßnahme werden rund 300 000 Bergarbeiter betroffen.

... und in England.

London, 1. Januar.

Wenn nicht in letzter Stunde eine Wendung eintritt, scheint die Niederlegung der Arbeit in den Bergwerken von Südwesten nach Neujahr unvermeidlich. Dadurch würden 155 000 Bergleute arbeitslos werden. Außerdem droht ein neuer Streik, die Baumwollindustrie der Grafschaft Lancashire lahmzulegen.

Die Gewerkschaften haben einen Ausstand angekündigt, falls die Arbeitgeber ihre Abzüge verweigern sollten. Die Zahl der Beschäftigten zu vernehmen, ohne entsprechend mehr Weber zu beschäftigen.

Hoesch bei Briand.

Am die deutschen Völkerverbundsbeschwerten.

Paris, 2. Januar.

Von der deutschen Völkerverbundsbeschwerten wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

„Der deutsche Völkerverbundsbeschwerten, der in den Völkerverbundsbeschwerten hatte, mit dem Reichsaußenminister Curtius zusammenzutreffen und der von seinen kurzen Urlaub nach Paris zurückgekehrt ist, hatte eine längere Unterhaltung mit dem französischen Außenminister Briand über schwebende politische Fragen.“

Von unternichteter Seite mitgeteilt wird, hat der deutsche Völkerverbundsbeschwerten vor allem die Beschwerden zur Sprache gebracht, die die Reichsregierung dem Völkerverbund in der Frage der deutschen Währungsreform in Ostpreußen unterbreitet hat. Die Behandlung dieser Beschwerden in Genf ist sehr schwierig, da die Parteien in diesem Punkte von politischer Seite. Es ist anzunehmen, daß Polen auch in diesem Fall die Unterstützung der französischen Regierung finden wird, wenn es die deutsche Forderung ablehnt und die Zurückverpflichtung des deutschen Materials befreit. Schon jetzt handelt es sich daher darum, einen Weg zu finden, der es ermöglicht, einen Mißerfolg des deutschen Vorschlages zu verhindern.

Aus dem In- und Auslande.

Schwierigkeiten im kärntneren Landtag.

Wien, 1. Januar. Die Zusammenlegung des neuen Kärntner Landtages nach einer Wechselseitigen sehr schwierig. Gegen die Wahl des Landtagspräsidenten haben die Christlichsozialen wegen Verfassungswidrigkeit Einspruch. Bei der Wahl des Landeshauptmannes entzweiten sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und des Landvolkes, so daß die Wahl nicht erfolgen konnte.

Ein Kuriosum!

Warschau, 1. Januar. Der dem Regierungslokal angehörende polnische Schriftsteller Strohowski erklärt in einem offenen Brief, die Angelegenheit von Strohowski sei bereits gelegentlich durch die zuständigen Gerichtsbehörden geprüft worden. Man habe dabei festgestellt, daß während der Untersuchung der früheren Abgeordneten im vorigen Sejmungsantrag keine weiteren Beweise vorgekommen seien. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ erklärt zu diesem Brief, er sei ein Kuriosum.

Die Einwanderung nach Australien unterbunden.

London, 1. Januar. Die australische Regierung hat die Generalkonkulate benachrichtigt, daß das Land keine Arbeitsangelegenheiten für ausländische Einwanderer bereitstellen könne und daß es daher rasam wäre, die Einwanderung einzustellen. Tatsächlich wird damit die Einwanderung nach Australien verboten. Britische Staatsangehörige werden jedoch durch dieses Verbot nicht betroffen.

USA. gegen die neue Regierung von Guatemala.

New York, 1. Januar. Wie aus Washington gemeldet wird, erneuert das amerikanische Staatsdepartement die Anerkennung der neuen Regierung von Guatemala, da Präsident Przelano durch einen geordneten Staatsstreich zur Macht gelangt sei. Bekanntlich wurden 1925 unter Staatssekretär Hughes Regeln für die Anerkennung neuer mittelamerikanischer Regierungen festgelegt, wonach die Anerkennung im Falle des gewaltsamen Umsturzes verweigert wird.

Kleine politische Notizen.

Die Notstandsunterstützung in Desterreich verlängert. Im Nationalrat wurde die einjährige Verlängerung der Notstandsunterstützung (Krisenunterstützung) bis zum 25. Januar 1931 genehmigt.

Der Kampf um den Namen „Drontheim“. Die Stadterneuerung von Ahdaros (früher Drontheim) hat gegen eine einstimmige Beschlüsse, das Städtchen zu erlösen, der Stadt den alten Namen „Drontheim“ zurückzugeben.

Die Beerdigung Lord Melkeths. Unter großer Teilnahme der Diplomaten und der Industrie fand das Begräbnis des verstorbenen Lords Melketh statt. Vier Wagen trugen die Kränze, die aus allen Teilen des Landes eingetroffen waren.

Aus der Umgegend.

Nebrä, den 2. Januar.

Operetten-Abend. Die Aufführung der überaus heiteren Operette „Frühling der Liebe“ in der Nebräer Orchestergruppe des Reichsbundes der Kriegsgesalbigen am Abend des Neujahrstages hat keinerlei Kritik aufgefunden, weder dem Verein hinsichtlich der Besucherzahl, noch den Besuchern bezüglich der erwarteten Freude am Gebotenen. Mehr als 700 Besucher sollen es gewesen sein, die den „Preussischen Hof“ am Neujahrstagsabend ausfüllten, die zuletzt kommenden waren schließlich froh, wenn sie noch in einer Ecke ein Plätzchen fanden.

Die Einleitung der Unterhaltung gab das Stadtorchester mit einer musikalischen Gabe, die folgte der gutgeprochene Prolog und dann ging der Vorhang zur Seite für die mit Spannung erwartete Operette. Daß es gelingen wird, ließ sich vorhersehen, denn die bis im Theater spielen erspürten Größen erhellten sofort den Anstoß auf die Beschäftigten der Besucher. Der Rentier Sabakul Lammbein und seine Frau Auguste als Schmeisepater und Schmeisepater hatten den ganzen Abend die Führung; sie verlagten beide nicht einmal, wenn sie sich zeigten, läßt sich auch schon die Laßhale im Saale. Zu tollen Streichen fand Sabakul gute Partner in seinem Schmeisepater Amundus Völsing und dem Jermias Sabnenteit, während des letzteren Frau Friederike mit ihren Träumereien sehr gut zu Schmeisepater Auguste paßte. Eine niedliche, aber auch dankbare Rolle hatte die Gretel

durchzuführen, sie, die doch wohl der Frühling der Liebe mit ihrem Amundus Völsing verlor. Beide verstanden vorzüglich, das Jawort der Eltern sich zu sichern, sie verfolgten das Rezept: Ausdauer führt zum Erfolg. Ihre Schmeisepater, ebenso Mangolds Schwester Agate fanden sich geistlich in ihre Rollen, die Wiedererwünschene gelang vortrefflich und des Kunstmalers Mangold Schmeisepater gelang ebenfalls ausgezeichnet — er wußte die resolute Schmeisepater geistlich zu täuschen. Die Mäme, der Baluin und der treue Johann hatten es nicht gut bei Lammbeins, sie hielten aber aus und machten ihre Sache durch. Der Felleiter hatte wohl ganz gut gelernt, sein Auftreten aber hätte etwas selbstbewußter sein können. Ein fremdlicher Einbruch machte auch das Ballett. Ja, so viel Völsingfrühling zumangeheißt zu leben, erfüllt das Herz und macht selbst alte Männer wieder lebensfröh. Die vortommenden Gelangensproben langen im Anfang etwas jaghaft, aber schon im 2. Akt waren die Stimmen besser, der Kontakt mit dem vollbelagerten Saal war gefunden und die treffliche Zusammenkunft mit der musikalischen Begleitung kam zu einem guten Ende. Der Besoffen am Schluß war groß und herzlich, aber auch wohlbedient. — Nach dem Theater dankte der Vorsitzende der Orchestergruppe für den guten Besuch und den Spielern für ihre Mühen, dann erfolgte der Neujahrsgang zum Tanz, der noch einige frohe Stunden brachte. — Jedemfalls darf die Orchestergruppe diesen Abend als einen der besten in ihrer Vereinsgeschichte verzeichnen.

— Tonfilm. Am Sonntag wird wieder ein großer Tonfilm in den Stadtkinoplätzen abgelehrt werden: „Lumpen II“ stellt er sich und wird eine Vorführung auf die bewußtebene Konvention bringen. Ein gutes Beiprogramm wird außerdem noch geliefert, so daß die Besucher voll auf ihre Kosten kommen werden.

— Preisfest. Im Wee nach Nienburg lebt am Sonntag den Stadtrinder beut. Im „Schweizerhaus“ werden die Karten gemischt zum Preisfest. Der Preisfest ist ein Anzeichen, die sich ein günstiger Eater nicht so leicht entziehen läßt, wünsch noch neben der angenehmen Unterhaltung noch wertvolle Preise für die Sieger.

Lehrgang für Jungs, Volks- und Schullehrer in Pöscheln a. H.

Wom Montag, dem 5. bis zum 7. Januar 1931, findet im Jungsheim zu Pöscheln ein Lehrgang für Jungs, Volks- und Schullehrer statt. Die Leitung ist dem Fachlehrer für Jungs- und Volksunterricht im Regierungsbezirk Westfalen, Herrn Hauptlehrer Doell-Hals übertragen worden. Außerdem hat Herr Dr. Ungershausen, Dozent für Musik an der Pädagogischen Akademie zu Halle, seine Mitwirkung zugesagt. — Teilnehmen kann jeder, der Freude an Gesang und Musik hat, vor allem Lehrer und Lehrmeister aller Schulstufen, Leiter und Mitglieder der Gesang- und Musikvereine, Burshen und Mädchen aus der Jugendbewegung, Eltern, die für ihr häusliches Musikstudium Anregung finden wollen. — Im Mittelpunkt der Arbeit steht das Volkslied. Ausgehend vom gemeinsamen Musikstudium werden eine Reihe wichtiger Fragen der allgemeinen Musiklehre und des neuzeitlichen Schul-Musikunterrichts behandelt. Praktisches Musikstudium und theoretische Stunden (Vortrag und Ansprache) wechseln miteinander ab. — Dem Instrumentalspiel (Kammermusik und Orchesterübungen für Anfänger und Fortgeschrittene), das innerhalb der musikalischen Erneuerungsbewegung eine besondere Stellung einnimmt, wird auf diesem Lehrgang erstmalig ein breiter Raum gegeben. Das Mitbringen von Instrumenten (Geigen, Geißeln, Klaviere, Flöten usw.) ist dringend erwünscht. — Wegen der Wichtigkeit der auf der Aufführung zur Behandlung kommenden pädagogischen Probleme wird eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Lehrerschaft gewünscht. Für Mittwoch, den 7. Januar, wird den teilnehmenden Lehrern und Lehrmeisterinnen auf Antrag von dem zuständigen Schularzt Urlaub erteilt; dem Urlaubsantrag ist der Vorschlag zur Vertretungsregelung beizufügen. Wie aus dem Arbeitsplan ersichtlich ist, findet während der pädagogischen Besprechungen gleichzeitig für die anderen Teilnehmer Chorübungen statt. — Im Mittelpunkt der Tagung steht eine offene Singstunde, die am Dienstag, dem 6. Januar, 20 Uhr im „Deutschen Haus“ stattfindet und in der mit den Teilnehmern Volkslieder und Rarons gesungen werden.

— Konkurs. Vom Antiquarier Quersier ist über das Vermögen des Kaufmanns Carl Säusler in Pöscheln am 29. Dezember 1930, 18 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Als Konkursverwalter wurde der Privatmann Heinrich Trautmann in Niedersöhlen bestellt. Anmeldefrist bis 1. Februar 1931; allgemeiner Pfändungsstopp am 1. Februar 1931, 12 Uhr; offener Arrest mit Anzeigefrist bis 10. Februar 1931.

— Unfall in der Industriehof Nienburg. In der mit der Zuckerfabrik Nienburg verbundenen Brennerei ereignete sich beim Kartoffelkämpfen am dritten Weihnachtsfest ein befallenswerter Unfall. Aus einer noch nicht aufklärten Ursache löste sich von einem Reifel der Boden und der heiße Inhalt ergoß sich über die drei Arbeiter Paul Frohwin aus Nienburg, Karl Jole-Reinhardt und August Wege-Pretis. Durch Mitglieder der freiwilligen Sanitätskolonne Nebrä wurde ihnen die erste Hilfe zuteil, dann wurden sie nach Nebrä in ärztliche Behandlung gebracht. Frohwin konnte nach Anlegung eines Notverbandes nach Hause entlassen werden, Jole und Wege, die schwere Brandwunden, namentlich an den Armen, davongetragen haben, fanden im Krankenhaus Nebrä Aufnahme. — Leider ist Wege an den Verletzungen verstorben.

— Gegen die Doppelverdiener. Der deutschnationale Sanitätsstellen-Verband hat im Anfall von 2 Nötige einen Antrag eingebracht, wonach künftig keine Doppelverdiener mehr eingestellt und sämtliche Doppelverdiener entlassen werden sollen, um Stellenlosigkeiten vorzubeugen Personen Platz zu lassen.

— Verbindlichkeitsklärung des Mehrarbeiters Braunkohlenbergbau. Salla, 3. Dezember. Der Reichsarbeitsminister hat den Mehrarbeiterspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau für verbindlich erklärt.

— Wehe. Im Obdachlosensaum des hiesigen Armenhauses konnte am 3. Festtag ein gemeingefährlicher Verbrecher, namens Franz Alschow, 26 Jahre alt, festgenommen werden. Er treibt sich schon seit längerer Zeit mit einem Mädchen, einer 25-jährigen Dora Brumme, in der hiesigen Gegend umher und ist mit dem Mädchen an einem Einbruch in dem Crongiebighaus Jagdhaus im Lösser Wald am 20. Dezember beteiligt gewesen. Die

Zeitsfälligung bei den Vereinigten Stahlwerken

Zu der Mitteilung über Gesamtsfälligung des Fördervereins erklärt die Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke A.-G., daß eine Gesamtsfälligung des Fördervereins nicht in Frage komme.

Es sei der Sfalligungsantrag vorläufig abgelehnt worden, da unter Umständen Einbringungen auf einzelnen Betriebsabteilungen des Fördervereins in nächster Zeit erforderlich werden würden. Das Werk beschäftigt zur Zeit 4000 Arbeiter und 500 Angestellte.

Geschäftsführungen bei Lloyd und Sopas.

Bremen, 1. Januar.

Der Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie haben im gegenseitigen Einvernehmen beschlossen, der Notwendigkeit der Verbilligung der Betriebe dadurch Rechnung zu tragen, daß sie erstens die Geschäfte ländlicher Landangestellte von 500 Mark monatlich aufwärts um 4% bis 10 v. S. senken, zweitens die außer den Tariffragen vom Reederei freiwillig gemachte Zulage der Nord-Angestellten (Kapitäne, Schiffsoffiziere und andere Besatzungsstellen an Bord) in einem Ausmaß reduzieren, was eine Senkung des Gesamteinkommens dieser Personen um 3 bis 7 v. S. bedeutet.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen.

Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung.

Berlin, 2. Januar.

In den Kreis der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 ist u. a. in 7. Teil unter Kapitel 3 der bisherige Entwurf zu einem Gesetz über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen einbezogen worden.

Der Minister für Volkswohlfahrt hat gemäß Paragraph 16 Absatz 1 der Verordnung als Anerkennungsbehörde die Regierungspräsidenten, für Berlin den Oberpräsidenten in Berlin-Charlottenburg und für den Bezirk des Ruhrbezirksverbandes den Verbandspräsidenten in Essen bestimmt. Ferner ist von den zuständigen Ministern angeordnet worden, daß die zur Zeit noch schwebenden Anträge auf Bewilligung von Gehältern und Stempelsteuerbefreiung sowie Ausstellung von Bescheinigungen nach Paragraph 33 Absatz 1 Satz 2 des Mietrechtsgesetzes und nach Paragraph 16 Absatz 1 Satz 3 des Reichsmietengesetzes, soweit ihre Erledigung vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften nicht mehr möglich ist, der neuen Anerkennungsbehörde zur Prüfung und Entscheidung auf Grund der neuen Vorschriften anzuleiten sind.

Ministerrat in Paris.

Die Verteilung der Heereskräfte.

Paris, 1. Januar.

Die französischen Minister traten am Dienstag unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten im Elysée zusammen, um einige besonders dringliche Verwaltungssachen zu besprechen. Ministerpräsident Steeg hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage in den französischen Kolonien, die sehr zu wünschen übrig läßt. Auf diese Bitte hin wurde beschlossen, den obersten Landesverwaltungsorganen für den 8. Januar zusammenzuberufen. Hierbei dürfte es sich hauptsächlich um die Verteilung der Heereskräfte handeln, soweit sie für den weiteren Ausbau der Befestigungen an der französischen Ost- und Südoberfront bestimmt sind.

Bekanntmachung.

Es besteht Veranlassung, auf die Bestimmungen des Brotgesetzes, die die Vermahlung des Getreides betreffen, hinzuweisen. Aus diesem Grunde werden nachstehend die §§ 1, 8 und 16 des Brotgesetzes in der Fassung vom 1.12.1930 veröffentlicht:

- § 1. Unschädlich der Vorchrift des § 1 a darf unter Verwendung von Mähdreschmaschinen des Roggens nur solches Brot hergestellt werden, das enthält:
 1. mindestens 97 vom Hundert Roggenmehl, das von 0 bis höchstens 60 v. S. ausgemahlen ist, oder
 2. mindestens 97 v. S. Mähdreschmehl des Roggens, die abgesehen von den Reinigungsverlusten, zu 100 v. S. ausgemahlen oder geschrotet sind, oder
 3. mindestens 80 v. S. Roggenmehl, das von 0 bis höchstens 60 v. S. ausgemahlen ist, und höchstens 17 v. S. Weizenmehl, wobei die Bestandteile an Mähdreschmehl des Roggens und des Weizens zusammen mindestens 97 v. S. betragen müssen, oder
 4. mindestens 80 v. S. Roggenmehl, das von 0 bis höchstens 60 v. S. ausgemahlen ist, und höchstens 17 v. S. Roggenmehl, wobei die Bestandteile an Roggenmehl und Roggenmehl zusammen mindestens 97 v. S. betragen müssen.
- Zusätze von Wasser, Hefe und Salz bleiben unberücksichtigt.
- Mähdreschmehl des Roggens dürfen nur angeboten, festgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden, wenn sie keine Mähdreschmehl anderer Getreidearten enthalten. Die Art und der Ausmahlungsgrad der Mähdreschmehl des Roggens und der Name des Herstellers müssen für den Käufer leicht erkennbar angebeben werden.

§ 16. Mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich einer der Vorchriften der §§ 1, 1a, 1c, 1d, 3, 5, 6a, 6b, 6d, oder einer auf Grund der §§ 6, 6e Satz 1 getroffenen Bestimmung zuwiderhandelt.

Ist die Zuwiderhandlung fahrlässig begangen, so tritt die Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark ein.

Duerfurt, den 22. Dezember 1930.

Der Landrat. Dr. Wandersleb.

Oberförsterei Ziegelroda

verleiht am **Donnerstag, den 8. Januar 1931, von 9 Uhr ab im Baumwäldchen Osthof in Ziegelroda: Brennholz** (Brennholz 1930). **Erste:** 27, 32, 135, 138, 140, 144 = 178 m Scheit und Ästern, 243 m Knupp, **Zweite:** 66, 71, 82, 125, 131, 133, 140 = 80 m Reis I, 700 m Reis II. **KL. (Sagbäume).** **Dritte:** 27, 27, 32, 135, 138, 140 = 178 m Scheit und Ästern, 90 m Knupp, 103 m Reis I, 216 m Reis II, 240 m Reis III. **Vierte:** 103 m Reis I, 216 m Reis II, 240 m Reis III. **Fünfte:** 27, 32, 135, 138 = 2 m Scheit, 25 m Knupp, 7 m Reis I. **Sechste:** bis 60 RM. sind in der Versteigerung bar zu zahlen.

Spare mindereffizienter **Stadt-Sparkasse Nebrau** bei der

Immer noch Zunahme.

Der Besuch der deutschen Hochschulen.

Berlin, 2. Januar.

Die Gesamtzahl der an wissenschaftlichen Hochschulen (also auch Pädagogischen Akademien usw.) im Deutschen Reich immatrikulierten Studierenden betrug im Sommersemester 1930 132 000 gegenüber 122 391 im Wintersemester 1929/30 und 123 700 im Sommersemester 1929.

Von den Studierenden waren im Sommersemester 1930 125 081 oder 94,7 Prozent reichsdeutsche Studierende und 7009 oder 5,3 Prozent Ausländer. Die Zahl der Studierenden im ersten Semester, die den Zugang zum Studium feigezeichnet, betrug im Sommersemester 1930 für die Reichsdeutschen allein 24 160; davon waren 18 850 männliche und 5310 oder 22 Prozent weibliche Studierende, während im Sommersemester 1929 von 23 504 neu immatrikulierten Studierenden 19 014 männliche und 4490 oder 19 Prozent weibliche Studierende waren. Für die männlichen Studierenden ist demnach schon ein Rückgang festzustellen.

Im ganzen gab es im Sommersemester 1930 19 428 weibliche Studierende, das sind 14,7 Prozent der Gesamtzahl und eine Zunahme vom Sommersemester 1929 in Höhe von 19,3 Prozent.

An den Universitäten allein gab es im vorigen Sommersemester 99 577 Studierende, das bedeutet gegen das Sommersemester 1929 eine Steigerung um 7 Prozent. Gegenüber dem Sommersemester 1925, dem ersten vergleichbaren Semester der Nachkriegszeit, hat sich die Gesamtzahl der Studierenden an den Universitäten um 67,5 Prozent und an den Tierärztlichen Hochschulen um 140 Prozent erhöht. Fast man alle Hochschulen zusammen, so beträgt die Zunahme der Studierenden seit 1925 49 Prozent, die der weiblichen Hochschüler, diese Stach stieg in ihren sämtlichen Hochschulen im Sommersemester 1930 19 717 immatrikulierte Studierende (14,9 Prozent); es folgte wieder Männchen mit 12 461 oder 9,4 Prozent.

Von den weiblichen Studierenden wurden wieder wie bisher besonders bevorzugt die Fächer Allgemeine Medizin, neue Sprachen, Germanistik, Pädagogik für Volksschullehrer, Mathematik, Rechts- und Staatswissenschaften und Biologie und Naturwissenschaften. Bei den neuen Sprachen machten die weiblichen Studierenden 42 Prozent aus, jedoch immer noch mehr als ein Drittel der Gesamtzahl bei der Germanistik, den Naturwissenschaften und der Kunstgeschichte.

Vom „runden Tisch“ nach Indien.

Abbruch oder Verlegung der Indien-Konferenz.

London, 2. Januar.

Der Wiedervereinigungstreffen der Indien-Konferenz nach der Weihnachtspause findet die Situation wesentlich verschoben, aber keineswegs erleichtert. Die indischen Delegierten fangen an, reizende zu werden und auf Heimkehr zu drängen, und sie stehen offenbar auch unter einem föhleren Druck aus der Heimat, wo man mit dem schwebenden Fortgang der Beratungen höchst unzufrieden ist und entweder baldige und greifbare Erfolge der Konferenz sehen oder sie unter scharfer Betonung des indischen Standpunktes abgebrochen wissen will.

Die Schwierigkeiten für die Regierung des Mutterlandes mehren sich; und sie werden für MacDonald in erster

Ein innerpolitisch fühlbar werden. Doch darf die klare Erkenntnis dieser schwierigen und von der Opposition ohne besondere Rücksichtnahme ausgehenden Situation die Regierung nicht dazu verleiten, die Konferenz einfach aufzulösen zu lassen. Auch die heute bereits feststehende Erkenntnis, daß es nicht gelingen wird, die Konferenz noch zu einem entscheidenden Ergebnis positiver Art zu führen, entbindet die Regierung, die das höhere Werk mit so großer Euerfücht und so lauten Prognosen begonnen hat, nicht von der Pflicht, zu sichern, was liegen zu retten ist.

Wie immer in solchen Tagen kommt der Gedanke an den Versuch einer zeitweiligen Verlagerung, der damit begründet wird, daß es möglich ist, den indischen Delegierten Gelegenheit zu geben, in der Heimat über die bisherigen Ergebnisse der Konferenz zu berichten und neue Richtlinien und Anweisungen einzuholen. Die Notwendigkeit engerer Fühlungnahme mit Indien selbst hat daneben die Erwägung aufzuheben lassen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die ganze Konferenz von London weg nach einer indischen Stadt zu verlegen, und dieser Gedanke wird um so bereitwilliger aufgegriffen, als auch eine Verwirklichung eine im Augenblick sehr willkommene Unterbrechung der stagnierenden und sich in unfruchtbaren Auseinandersetzungen erschöpfenden Konferenz herbeiführen müßte. Die Differenzen zwischen Hindus und Mohammedanern in dem entscheidenden Verfallungsfragen müßten somit erst aus dem Wege der Befürwortung gelöst werden, und man hat nicht den Eindruck, daß der runde Tisch das besonders erleichtert.

Crux in Südwales.

London, 2. Januar. Die Führer der Bergarbeitergewerkschaften in Südwales haben die Streikparole erteilt. Die Arbeit in den Kohlenfeldern wurde um Mitternacht eingestellt. Die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit den Vertretern der Regierung sowie die Sitzungen des Volksauschusses der Bergarbeitergewerkschaft von Südwales gehen trotzdem weiter. Man glaubt in Cardiff, daß der Streik nicht allzu lange dauern wird.



Major Franco in Belien.

Der nach dem Wägen der spanischen Revolution entlassene Major Franco ist aus Portugal, wohin er sich zu dem Zeitpunkt hatte, auf dem Rongobdampfer „Hosville“ in Antwerpen eingetroffen. Dort wurde er von dem berühmten Katalanenfürher Oberst Macia begrüßt. Franco begab sich dann nach Brüssel.

Stadt-Spielplatz Persh. Hof
 Sonntag, den 4. Januar, abends 8^{1/2} Uhr:
Der grosse 100%ige Tonfilm
Lumpenball.
 Feiner:
Großes Beiprogramm.
 - Lachen ohne Ende.
 Es laßt freudlich ein **Borgwardt.**

Schweizerhaus Vikenburg
 Am Sonntag, den 4. Januar
 nachm. 3 Uhr findet das beliebte
Preis-Skaten statt.
 Um rege Beteiligung bittet **Otto Wirthmann.**

Die Zeitschrift für das deutsche Haus!
Der Türmer
 Deutsche Monatshefte
 HERAUSGEBER: DR. FRIEDRICH CASTLE
 Jedes Heft über 100 Seiten
 Preis nur 1,50
 Bezug durch Buchhandlung und Verlag
 Berlin: S.M.19.
 Da Vermittler geistigen Mitlebens!

Leipziger Anzeiger
 Das erfolgreichste Anzeigenblatt
 Problemnummer kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Peterstraße 19
 Ohne Reklame kein Geschäft!
 Statt Karten.
 Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimzuge unserer lieben Entschlafenen sagen wir hiermit unseren tiefempfundenen Dank, vor allem Herrn Pfarrer Langenfurth für seine zu Herzen gehenden Trostworte.
 Nebra, 1. Januar 1931.
Familie Thrun.

Nebroner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erkheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiss, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Refanenteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Aetern.

Nr. 2

Sonnabend, den 3. Januar 1931.

44. Jahrgang

Neujahr beim Reichspräsidenten. Der Empfang des Diplomatischen Korps.

Berlin, 2. Januar.

Am Neujahrstage fanden beim Reichspräsidenten die üblichen Empfänge statt. Gegen elf Uhr nahm der Reichspräsident am Portal die Werbung der Wache, die mit Musik vom Brandenburger Tor gekommen war, entgegen. Um 12 Uhr empfing der Reichspräsident im Großen Saale des Reichspräsidentenpalastes das Diplomatikkorps. Dabei hielt der Papst, Nuncio D'Almeida, eine Ansprache. „Es ist mir ein höchst angenehmes Vergnügen, so führe er in der Lieberung u. a. aus, „ein treuer Dolmetsch zu sein aller edlen Wünsche des Ozeidens, die meine erlauchten Kollegen heute für Ihre Berlin und für die große Nation haben, deren Geschichte Sie, Herr Reichspräsident, mit bewundernswerter Kraft und Freude lesen. Die Morgenröde dieses neuen Jahres ist leider nicht ohne Trübung. Die Not breitet überall ihren Trauerschleier aus. Es hat fast überall nicht an hochgehenden Berichten gefehlt, dieser gemalten Weltkrise abzuweichen.“

Möge die wirtschaftliche Not ein Antriebs werden zu neuen erkennenden Bemühen, um die innigere Einigung der Völker, die gegenseitige herzliche Verständigung unter den Nationen zu erreichen, die allein feste Gewähr bietet für eine gelicherte Freiheit und Ruhe in allen Ländern und einen dauernden Frieden unter den Völkern.“

Sodann überbrachte der Nuncio dem Reichspräsidenten noch im Namen der Staatsoberhäupter, die durch das Diplomatikkorps vertreten werden, die besten Wünsche. In seiner Erwiderung dankte

der Reichspräsident

zunächst für die dargebrachten Wünsche. Er führte dann u. a. aus: „Mit besonderer Wucht treffen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise das deutsche Volk. Unsere Hoffnung auf eine dauernd wirksame Besserung der Lage ist auch von Umständen abhängig, über die wir nicht allein Herr sind.“

Mit steigender Spannung erwartet das deutsche Volk, daß die internationale Zusammenarbeit sich im kommenden Jahr als wirksam genug erweist, um das deutsche Volk vor weiteren schmerzlichen Enttäuschungen zu bewahren. Zusammenfassung aller positiven Kräfte zur Bewältigung der Krise und zur Verwirklichung der Friedensziele für den Fortschritt der Menschheit ist die große Friedensaufgabe, an der Deutschland mitzuwirken entschlossen ist.“

Sodann sprach der Reichspräsident den Diplomaten zugleich für ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker die herzlichsten Neujahrswünsche aus. Er beglückwünschte die einzelnen Völkervertreter, Geliebten und Geschäftsträger. Am dem Empfang nahmen u. a. der Reichsaußenminister und Staatssekretär Meißner teil.

Der Empfang der Reichsregierung.

Am 12.30 Uhr empfing der Reichspräsident die Reichsregierung. In Vertretung des beurlaubten Kanzlers bezugsnehmend Reichswirtschaftsminister Grottel, den Reichspräsidenten mit einer Ansprache. Er wünschte zunächst dem Reichspräsidenten Gesundheit und Wohlergehen im neuen Jahr. „Wir sind dem Gedächtnis von ganzem Herzen dankbar“, so jagte Grottel weiter, „an Ihnen ein Oberhaupt zu besitzen, auf das die ganze Welt mit Verehrung blickt und dem die Liebe des gesamten deutschen Volkes gilt. Die Reichsregierung ist sich ihrer Pflicht bewußt, dafür zu sorgen, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden. Grottel erinnerte dann an die Befreiung des Rheinlandes von fremder Besatzung. Er bezeichnete den Abzug der Bahntruppen als einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur

endgültigen Heimkehr des Saargebietes ins Reich.

Die berechtigten Beschwerden der deutschen Minderheiten hätten in unserer Offenlichkeit starken Widerhall gefunden. Die Reichsregierung werde in der Sorge für das deutsche Volkstum jenseits der Grenze eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen. Zur Abrüstungsfrage erklärte er:

„Schwer empfindet das deutsche Volk, daß der Grundriß der Friedbegründung, auf die unser Volk einen selbstverständlichen Anspruch hat, noch nicht ganz erfüllt ist. Noch immer ist die festerlich übernommene Verpflichtung auf Erfüllung durch die anderen Mächte nicht in die Wirklichkeit umgesetzt und noch immer ist sich Deutschland in seiner Sicherheit bedroht fühlen. Auch hier wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß der Grundriß gleicher Sicherheit für alle Völker, ohne den eine wahre Befriedung unmöglich ist, sich durchsetzt.“

Grottel kam dann auf die Innenpolitik zu sprechen. Dabei betonte er, daß es das deutsche Volk mit besonderem Dank anerkennen werde, daß der Reichspräsident sich entschlossen habe, die Verordnungen zu erlassen. Die Ableberholung unserer Wirtschaft sei die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit einzumännern.

Der Reichspräsident

stellte in seiner Erwiderung fest, daß von den Wünschen, mit denen er vor einem Jahr diesen Tag begrüßt habe, sich nur der eine erfüllt habe: den höchsten Geboten ist die langerehnte Freiheit von fremder Besatzung wiedergegeben worden.

den. Er gedachte jodann der Saardeutschen, die sich trotz ihrer staatlichen Trennung mit uns immer eins fühlen und ungetrohenen Mutes auf den Tag der Rückkehr ins Vaterland warten. Sodann führte der Reichspräsident aus: „Mit voller Zustimmung entnehme ich aus Ihren Worten, daß die Reichsregierung sich der ersten Lage bewußt ist, wie sie sich infolge der tiefgreifenden Verringerung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse seit der Zeit entwickelt hat, als wir uns aus den von Ihnen hervorgerufenen Bränden zur Annahme des Neuen Jahres entschlossen haben. Auch ich halte es für die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden.“

Mit Ihnen bin ich ferner der Ansicht, daß die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht nur ein Gebot innerer Gerechtigkeit und des Friedensgedankens, sondern auch das sicherste Mittel zu einer wirklichen Befriedung der Welt ist und daher mit allen Kräften angestrebt werden muß. Daß die Reichsregierung sich auch weiterhin die Sorge für deutsches Volkstum im Ausland und für die Innehaltung internationaler Verträge zum Schutze deutscher Minderheiten als wichtige aufgabenmäßige Aufgabe stellt, findet meine volle Billigung und Anerkennung.“

Die Arbeitslosigkeit

ist unsere größte Sorge. Zu ihr kommt noch die Not der Landwirtschaft. Den unrentmüßig festernden Händen wider Beschäftigung zu schaffen und dem deutschen Landbau seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, wird auf dem Gebiet der inneren Politik unsere erste Aufgabe sein.“

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Geist der Einigkeit im deutschen Volke sich festige und zum Zusammenfluß aller schaffenden Kräfte führen möge. Dieser Wunsch hat sich leider nicht erfüllt. Im Gegenteil will es scheinen, als ob die harte Sorge um das Einseitigkeit den Gedanken an das Gesamtwohl Deutschlands und des Zukunft unseres Vaterlandes zurückgedrängt und unter Gegenstände gehalten hat. Verschiedenheit der Anschauungen und der persönlichen Interessen wird und muß sein. Aber es ist nicht nötig, daß diese Verschiedenheit zu einem politischen Kampfe führt, der das deutsche Volk zerreißt und dann in der Zeit der Not und Gefahr zu einem einschiffligen Willen anheftet. Wir müssen uns mehr auf uns selbst verlassen, wir müssen endlich aus dem Widerstreit der eigenen Interessen den Ausweg finden. Aus dem eigenartigen Streit um politische Programme und um selbstliche Vorteile müssen wir uns emporkeln zu gemeinsamer praktischer Arbeit für das Gesamtwohl. Möge das neue Jahr dem deutschen Volke Selbstvertrauen und die Kraft zu gemeinsamen Vorkommen bringen! Dann werden wir auch die große Not bald überwinden!“

Die weiteren Empfänge.

Am 12.50 Uhr empfing der Reichspräsident den Reichstagspräsidenten Lobe. Es folgten eine Abordnung des Reichsrates, für die Wehrmacht Reichswehrminister Groener, General der Infanterie Daffe für den beurlaubten Chef der Reichsregierung sowie der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder. Ferner überbrachte die Reichsregierung für die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft u. a. Generaldirektor Dornmüller und für das Reichsbahndirektorium Reichsbahntypenpräsident Dr. Luthar.

Vor dem Palais des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt. Der Reichspräsident trat nach Beendigung der Empfänge auf den Balkon und wurde von dem Menge mit stürmischen Hochrufen begrüßt.

Telegrammwechsel mit Staatsoberhäuptern.

Anlässlich des Jahreswechsels hat der Reichspräsident mit den Königen von Bulgarien, Dänemark, Norwegen, Rumänien und Schweden, sowie mit dem Reichsoberster von Serbien und dem Bundespräsidenten Miklos telegraphisch Glückwünsche ausgetauscht.

Neujahrserlass an die Wehrmacht!

Berlin, 1. Januar.
Der Reichspräsident richtete an die Wehrmacht folgenden Erlass:

Am 1. 1. 1931 befehlt die Reichswehr ein Jahrzehnt lang in der Form, die ihr der Vertrag von Versailles bestimmte. In Zeiten tiefster notleidender Not wurde sie unter meinen Amtsvorgänger geschaffen. Trotz aller ihr auferlegten Pflichten hat sich die Wehrmacht als Hort des äußeren und inneren Friedens, als eierne Klammer des Reiches und als feste Stütze des Staates erwiesen. Das ihr zu treuen Händen übergebene Erbe der alten Armee und Marine hat sie gut verwaltet. Ich danke der Wehrmacht für die Arbeit dieses Jahres und entbiete ihr meine herzlichsten Wünsche zum neuen Jahr. Möge sie weiterhin ihr Bestes leisten in der Erfüllung und treuer Pflichterfüllung dem Vaterlande zu dienen.
Berlin, den 31. 12. 1930.

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.
Der Reichswahrminister: gez. Groener.

Neujahrbeurteilungen an der Saar.

Saarbrücken, 2. Januar.
In der Neujahrsummer der „Saarbrücker Zeitung“ drückt der Vorsitzende der deutsch-saarländischen Volkspartei, Landesratsabgeordn. Schmelzer, die „Wünsche und Hoffnungen der Deutschen an der Saar“ aus. Das zu Ende gehende

Jahr sei für das Saargebiet ein Jahr der politischen Enttäufung gewesen. „Mit großen Hoffnungen sind wir“, so schreibt Schmelzer, „in die Verhandlungen eingetreten, die das Ziel haben sollten, dem Saargebiet seine Rückkehr zum Mutterlande zu bringen. Die Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen, die Verhandlungen sind verlegt, nicht abgeschlossen.“

Es wäre von deutscher Seite aus ein Fehler, wenn zu sehr auf die Wiederaufnahme gedrängt würde. Immerhin wird es zweckmäßig sein, wenn wir nicht unaktiv bleiben, sondern bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, daß in dem Saargebietregime noch ein Kriegszustand besteht, der zu den befallenen gehört, was der Vorkemur der Sieger dem Deutschen Reich im Verfaller Diktat an Lasten auferlegt hat.“

Schmelzer weist dann auf die stark gefärbten Tätigkeitsberichte der Regierungskommission hin, die die Verhältnisse im Saargebiet nicht richtig schildern. Dem Saargebiet könnte es viel besser gehen, wenn die Regierungskommission mehr mit der Bevölkerung zusammenarbeiten, wenn sie weniger die französischen Interessen den saarländischen voranzustellen würde. Zum Schluß bricht Schmelzer die Hoffnungen aus, daß auch die Saarländer ein Recht haben, wieder im Verband eines einigen starken Deutschlands mitzuwirken zu können an den höchsten Aufgaben zum Wohle der gesamten Menschheit.“

Der Vorsitzende der Zentrumspartei des Saargebietes, Reichsanwalt Stegmann, schreibt zum Schluß seiner Betrachtungen in der „Landeszeitung“: „Unsere deutsche Treue ist unwandelbar. Wir lehnen eine Autonomie als ein lebensunfähiges, der Korruption ausgelegtes Gebilde ab. Wir wollen zum deutschen Vaterland lieber heute als morgen.“

Prälat Kaas über das Jahr 1931.

München, 1. Januar.
Der „Bayerische Kurier“ hat eine Reihe von bekannten Verantwortlichen über ihre Meinung über das Jahr 1931 befragt. Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, schreibt: Das Jahr 1931 wird im Zeichen des Reaktions- und Evolutionselements sein.“

Die Ehele von Status quo ist eine Friedenshohe. Wer sie verteidigt, wird zum Schlichtmacher chronischen Konflikten. Europa wird erst dann gefunden können, wenn Deutschlands Lebensrecht in ehrlidher Parität mit den übrigen Völkern Raum gegeben werde.“

Der Wba zu diesem Ziel wird lang und hart sein. Nur ein einiger Volk wird ihn bis zum glücklichen Ende gehen können. Darum kann die Parole des kommenden Jahres nur heißen: Sammlung und nicht Zersplitterung!

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald ruft aus: Seid maßvoll und gerecht im Urteil über unsere staatspolitische, wirtschaftliche und soziale Lage!

Prälat Dr. Schreiber bezeichnet das neue Jahr als eines der schwersten in Deutschlands neuer Geschichte und spricht von der bevorstehenden Revision der Außenpolitik.

Bedeutung Kundgebung in Bayern.

Ministerpräsident Held über die Reichsreform.
München, 1. Januar.

Zum Jahreswechsel wendet sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Held mit einer bedeutenden Kundgebung an das bayerische Volk. Er bezeichnet die Kundgebung als eine politische Kundgebung, die sich auf die Lösung der politischen Probleme des Reiches und Bayerns bezieht. Er spricht von der Notwendigkeit einer Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung.

Die Kundgebung wird am 1. Januar in München stattfinden. Der Ministerpräsident wird die Rede halten. Er wird die Lage des Reiches und Bayerns schildern und seine Vorstellungen über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung darlegen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.

Die Kundgebung wird eine wichtige Gelegenheit sein, die Meinung des bayerischen Volkes über die Reform der Reichsverfassung und der Reichsregierung zu äußern. Der Ministerpräsident wird die Meinung des bayerischen Volkes berücksichtigen und in seine Politik einbeziehen.